Ä-K10-125 Jetzt füreinander einstehen: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Alena Karaschinski

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 50 einfügen:
Wir wollen den Verbraucher*innenschutz in Brandenburg weiter stärken. Dabei wollen wir in Zukunft einen besonderen Fokus auf die Sicherheit von Verbraucher*innen in der Digitalisierung legen. Wir wollen der Verbraucherzentrale Brandenburg einen Platz im Rundfunkrat des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) zuweisen, um ihn noch repräsentativer zu machen und damit das zentrale Thema Verbraucher*innenschutz zu verankern. Das Deutsch-Polnische Verbraucher*inneninformationszentrum, das bei allen grenzüberschreitenden Themen mit Rat zur Seite steht, wollen wir zu einem Zentrum für internationalen Verbraucher*innenschutz mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa ausbauen.

Finanzielle Bildung stärkt die Chancengerechtigkeit und die gesellschaftliche Teilhabe. Daher wollen wir die Nationale Finanzbildungsstrategie, mit besonderem Fokus auf vulnerable Bevölkerungsgruppen, umsetzen und ein Netzwerk Finanzielle Bildung in Brandenburg gründen.

Begründung

Endlich ist durch die Bundesregierung und in Zusammenarbeit mit der OECD eine Nationale Finanzbildungsstrategie in Arbeit. Wir überlassen als Grüne das Thema Finanzielle Bildung nicht der FDP mit deren Zungenschlag "Vermögensaufbau im eigenverantwortlichen Handeln", sondern wollen in diesem Vorhaben auf vulnerable Gruppen fokussieren, um Chancengerechtigkeit zu stärken. https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/2023/03/230323-finanzielle-bildung-meldung.html